

dieses ersparte Geld lieber freiwillig und zusätzlich an die westlichen Alliierten für Stationierungskosten.

Noch steht unsere Wirtschaft vor den ungelösten Problemen, die die deutsche Remilitarisierung mit sich bringen wird. Der vielbeklagte Juliusturm ist nur eine Voraustruppe, sozusagen der Quartiermacher der neuen Milliardenkosten, die in den nächsten Jahren vor uns liegen werden, und für die wir Jahr um Jahr, Monat um Monat und Woche für Woche von unseren Löhnen und Gehältern werden Mark für Mark bezahlen müssen.

Der Juliusturm der Wilhelminischen Zeit barg in gut geprägten Goldstücken einen Kriegsschatz von 120 Millionen DM. Aus den Millionen von damals wurden die Milliarden von heute, denn auch sie wurden für die Aufrüstung gehortet.

Bisher hat das alles, was im Haushalt des Verteidigungsministeriums für die ersten militärischen Einrichtungen in Bonn, Andernach und Wilhelmshaven usw. etatisiert wurde, noch nicht viel gekostet im Verhältnis zu dem, was es später einmal kosten wird. Aber schon sind die gleichen Kreise, die sich der Adenauerschen Außen- und Aufrüstungspolitik mit Haut und Haaren verschrieben haben, die gar nicht schnell genug die politischen Voraussetzungen für die Remilitarisierung der Bundesrepublik gegen unseren Willen erzwingen konnten, jetzt die ersten, die den Bundesfinanzminister wegen seiner auf dieser Remilitarisierung beruhenden Finanzpolitik auf das heftigste attackieren.

Vorsitzender Steinhoff: Ich erteile das Wort dem Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission, Drexler.

Drexler: Genossinnen und Genossen! Die Wahl der Vorsitzenden hat folgendes Ergebnis gebracht: Von 386 wahlberechtigten Delegierten haben 379 gültige Stimmen abgegeben. Ungültig war keine Stimme. Davon erhielt der Genosse Erich Ollenhauer als Vorsitzender 368 Stimmen (anhaltender stürmischer Beifall). Der Genosse Wilhelm Mellies erhielt als stellvertretender Vorsitzender 306 Stimmen (erneuter anhaltender Beifall).

Vorsitzender Steinhoff: Wir fahren in unseren Beratungen fort.

Walter Menzel (Bonn): Genossinnen und Genossen! Das war eine angenehme Unterbrechung.

Ich sprach von der Hortungspolitik und dem Julius-Turm. Diese Hortungspolitik — und das kann man angesichts der kommenden Bundestagswahlen der Öffentlichkeit gar nicht häufig genug sagen und klarmachen — ist nichts weiter als ein vorweggenommenes Stück Wahltaktik Konrad Adenauers. Er weiß genau, daß alle diese Milliarden an Verteidigungskosten nur aufgebracht werden können, wenn die Steuerschraube eines Tages weiter angezogen wird. Das aber soll auf keinen Fall vor dem Herbst 1957 geschehen, genau aus den gleichen Gründen, wie nach den Ankündigungen Blanks kein Deutscher vor dem Herbst 1957, d. h. vor den Wahlen, zum Militär eingezogen werden soll.

Ein Staatsbürger meinte vor einiger Zeit nicht zu Unrecht, es sei doch recht schade, daß man in der Bundesrepublik nicht alle zwei Jahre vor neuen Wahlkämpfen stünde, dann würde man doch häufiger als jetzt von Steuersenkungsplänen hören.

FÜNFTER VERHANDLUNGSTAG

SAMSTAG, DEN 14. JULI 1956

(Beginn der Sitzung: 9.08 Uhr)

Vorsitzender von Knoeringen: Genossinnen und Genossen! Ich eröffne unsere Beratungen und erteile dem Genossen Drexler das Wort zur Bekanntgabe der Ergebnisse der Vorstandswahl.

Ferdinand Drexler (Nürnberg): Genossinnen und Genossen! Die Wahl hat folgendes Ergebnis gebracht.

Zunächst die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder: Abgegebene Stimmen 379 von 386 Stimmberechtigten. Alle 379 Stimmzettel waren gültig. Es entfielen auf:

Alfred Nau	359 Stimmen
Willi Eichler	346 "
Herta Gotthelf	331 "
Max Kukil	321 "
Fritz Heine	304 "

Von den unbesoldeten Vorstandsmitgliedern erhielten:

Waldemar v. Knoeringen	360 Stimmen
Georg August Zinn	359 "
Fritz Steinhoff	357 "
Herbert Wehner	355 "
Carlo Schmid	353 "
Adolf Arndt	352 "
Walter Menzel	332 "
Fritz Erler	331 "
Luise Albertz	324 "
Erwin Schoettle	323 "
Max Brauer	315 "
Franz Neumann	300 "
Lisa Albrecht	292 "
Ella Kay	282 "
Emil Groß	280 "
Kurt Conrad	279 "
Heinrich Albertz	265 "
Willi Birkelbach	263 "
Marianne Gründer	250 "
Fritz Wenzel	236 "
Franz Bögler	222 "
Hermann Veit	218 "
Erwin Welke	213 "

Ferner erhielt der Genosse Haas 209 Stimmen, der Genosse Franke 204 Stimmen, der Genosse Brandt 194 Stimmen, der Genosse Kühn 186 Stimmen, und je 1 Stimme entfielen auf den Genossen Seidel und den Genossen Brünen. Die Wahl der Kontrollkommission hatte folgendes Ergebnis:

Abgegeben wurden 379 Stimmen; 1 Stimmzettel war durchgestrichen, also sind gültig 378 Stimmen. Davon erhielten:

Paul Löbe	375 Stimmen
Adolph Schönfelder	375 "
Fritz Ulrich	370 "
Jakob Steffan	364 "
Christian Wittrock	363 "
Walter Damm	362 "
Heinrich Höcker	358 "
Grete Rudoll	353 "
Ernst Herder	352 "

Vorsitzender Steinhoff: Ich danke dem Berichterstatter und frage, ob einer der Gewählten — Parteivorstand oder Kontrollkommission — die Wahl nicht annehmen will. — Ich höre keine Stimme. Ich kann also feststellen, daß die Gewählten die Wahl annehmen.

Wir kommen dann zum Tagesordnungspunkt:

Die Arbeit der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

und treten in die Diskussion ein.

Als erster erteile ich das Wort der Genossin Gretl Swoboda, München. Ihr folgt der Genosse Willy Könen aus Düsseldorf.

Gretl Swoboda (München): Genossinnen und Genossen! Für das üppige Blumenbukett politischer Probleme, wie Genosse Menzel gestern ausführte, gebührt der Bundestagsfraktion unser besonderer Dank; denn mancher harte Strauß war auszufechten, bevor dieser Blumenstrauß gebunden werden konnte. Darunter waren auch manche stachelige Gewächse wie z. B. das „schlechteste Kindergeldgesetz“, das je eine politische Bühne passiert hat (Beifall). Unsere Fraktion wurde seinerzeit dabei eiskalt niedergestimmt; denn man hatte es bekanntlich nicht nötig, sich nach dem besseren Sachverstand zu richten.

Genosse Menzel nannte als einen der wichtigsten innenpolitischen Stabilisierungsfaktoren die soziale Reform. Auf dem Gebiet der Sozialreform hat unsere Fraktion für die Neuordnung der Rentenversicherung ein großartiges Werk geschaffen, das an Stelle des veralteten Systems der Rentenberechnung gleitende Renten einführt, die jeweils an die gestiegenen Löhne und an die gestiegenen Preise angeschlossen werden. Genossinnen und Genossen! Auch das ist eine Revolution, aus altem sozialistischem Gedankengut geboren; denn schon auf dem Dortmunder Parteitag haben wir gefordert, daß die Renten der Kaufkraft angeschlossen werden müssen. Dies geschieht z. B. heute schon bei den Beamtenpensionen ohne viel Aufhebens. Aber wenn man nun vor zwei Jahren diese Ansicht geäußert hat, lief man immer Gefahr, von einem Inquisitionsgericht der sogenannten klassischen Sozialversicherung als Ketzer verbrannt zu werden.